

Schuldenbremse: Der Sanierungsbedarf pro Jahr liegt bei etwa 26 Milliarden Euro, das sind 37% der Staatseinnahmen

Stellungnahme des Föhrenbergkreises AK Finanzwirtschaft zur Schuldenbremse in der österreichischen Verfassung

Diese Stellungnahme ergeht an die Vorsitzenden und Klubobleute aller österreichischen Parlamentsparteien und an die Frau Finanzministerin.

1. Wir sind für eine intelligente Schuldenbremse. Wir sind aber besorgt:

1.1. Über die Realitätsverweigerung der „Experten“

- Die meinen, die Sanierung könne nur über Einsparungen bei den Ausgaben erfolgen!

1.2. Über die Realitätsverweigerung verschiedener Nationalratsclubs, die meinen,

- Es ginge ohne Einschnitte in das Sozialsystem
- Es ginge nur über die Ausgabenreduktion
- Bei den Steuererhöhungen nur über eine Erhöhung der Vermögenssteuern
- Es ginge mit einer Limitierung auf die heutige Steuer- und Abgabenquote
- Etc.

2. Deswegen haben wir eine einfache Rechnung („Milchmädchenrechnung“) angestellt, um Klarheit zu schaffen, von welcher Dimension wir eigentlich reden

2.1. Die Schuldenbremse, wie im Gesetz festgelegt, limitiert das strukturelle Defizit (also über einen Konjunkturzyklus) auf 0,35% des BIP ab 2017.

- Das heißt: das Budgetdefizit 2017 darf nicht höher sein als 1,37 Mrd. €. Im Vergleich: das Defizit 2012 lt. Budgetgesetz liegt bei 9,177 Mrd. €.

Wir gehen von einem BIP 2017 im Ausmaß von 392,2 Mrd. aus. Bis 2014 sind ja die Annahmen im Strategiebericht der Regierung veröffentlicht. Für die Folgejahre gehen wir von einem „bescheidenen“ nominellen BIP Wachstum von je 5% aus („bescheiden“ deswegen, weil ja die Inflation in den kommenden Jahren viel höher sein könnte)

2.2. Zu den über die Defizite der kommenden Jahre dazukommenden Schulden rechnen wir mit außergewöhnlichen Effekten, die die Situation ordentlich verkomplizieren!

- Die heutigen Schulden des Staates belaufen sich auf 217 Mrd. direkte Verbindlichkeiten, plus 50 Mrd. über ausgelagerte Gesellschaften. Ohne außergewöhnliche Eingriffe wird der direkte Schuldenstand bis 2017 über 281 Mrd. erreichen. Die außergewöhnlichen Effekte aus einem Krisenszenario der kommenden Jahre haben wir mit 94,9 Mrd. zusätzlich berechnet. So gelangen wir zum Schluss, dass die Schulden im Jahr 2017 etwa 376 Mrd. erreichen werden! Das ist 96% des BIP. Wie sich die in der Schuldenbremse angestrebte Reduktion auf 60% per 2020 (Maastricht Kriterium) ausgehen soll, ist uns schleierhaft.

Die außergewöhnlichen Effekte, die unserer Einschätzung nach in den kommenden Jahren eintreten werden:

- Weitere Kosten der bereits eingegangenen Bankensanierungen (Hypo Alpe Adria, Kommunalkredit Bad Bank, ÖVAG): 10,5 Mrd.
 - Weitere „Bailouts“ der Banken aus ihrem Ostexposure: 20 Mrd.
 - Ausgelagerte Schulden, die budgetrelevant werden: 50 Mrd. (ASFINAG+BIG+ÖBB 36 Mrd., Krankenanstaltenbetriebsgesellschaften 2, kommunale marktbestimmte Betriebe >12,5)
 - Exportgarantien Ausfälle: 4,4 Mrd. (10% von 44 Mrd bei kommender Wirtschaftskrise)
 - Default von Euro-Staaten (GR, IRL, P) und deren Durchschlagen auf das österr. Budget aus Garantien etc.: 10 Mrd.
 - In den obigen Zahlen müssten auch Schulden, die sich aus schlagend gewordenen Garantien des Staates(diese sind von 2007 bis 2010 von 87 auf 129 Mrd, also um 48% gestiegen) ergeben haben, abgedeckt sein.
- Wir nehmen an, dass diese außerordentlichen Effekte schon in früheren Budgets (2012 bis 2016) aufgetreten sind, daher sind sie nicht Teil des Sanierungsbedarfes, sondern werden nur über die erhöhten Schulden und somit Zinsen wirksam.

2.3. Die Zinsen werden zur schweren Last!

- Sind die Zinsen für 2012 mit 9,778 Mrd. veranschlagt, so machen sie nach unserer Rechnung 2017 hingegen schon 16,24 Mrd. aus
Dabei haben wir noch freundlich gerechnet. Die Zinsen für 2012 und 2013 gehen aus dem Strategiebericht der Regierung hervor, für die Folgejahre haben wir „nur“ den Zinssatz aus 2013 fortgeschrieben: 4,32 %. Die österr. Staatsanleihen haben eine durchschnittliche Laufzeit von 8 Jahren. Wir sind gnädig und haben (was wir zwar nicht glauben) keine Herabstufung vom AAA angenommen!

2.4. Der Beschluss der Staatschefs vom 8. Dezember 2011 legt noch ein Schüflein nach.

- Für Staatsschulden, die über der 60% Maastricht Grenze liegen, ist zusätzlich pro Jahr ein Zwanzigstel der Differenz abzubauen. Das sind weitere 7,04 Milliarden jährlich!

60% des BIP sind 235 Mrd., die Staatsschulden aber 376 Mrd. Davon ein Zwanzigstel der Differenz. Dies ist im [Van Rompoy Papier](#) vom 6. 12. (III, Budgetary Discipline, Art. 4) festgehalten.

2.5. Damit wären 2017 im Vergleich zum heutigen Budget pro Jahr 21,31 Mrd. einzu“sparen“

- **Nämlich: Defizit 2012 (9,177) minus erlaubtes Defizit 2017 (1,37) plus Differenz <Zinsen 2017-2012> (16,24 – 9,778) plus 7,04 Maastricht Korrektur**

2.6. Allerdings: nur ein „Austerity Programm“ zu fahren, wäre (wie man ja in Griechenland oder Portugal sieht) fatal. Daher sind unserer Meinung nach gleichzeitig zusätzliche Ausgaben zu strukturellen Stimuli und Investitionen in soziale Kohärenz und internationale Solidarität notwendig.

- **Diese belaufen sich auf 10,61 Milliarden pro Jahr!**

Stimuli:

- Bildung 0,8 10% Budgeterhöhung strukturell
- F&E 0,78 40% Staatsanteil Aufstockung der Quote von 2,5 auf 3% des BIP
- Universitäten 0,56 20% Erhöhung des strukturellen Budgets
- Energie & Klima 1,0 zur Anschubfinanzierung zur Transformation des Energiesektors
- Wirtschaft 0,5 Strukturstimuli

Soziale Kohärenz:

- Interventionen gegen die gestiegene Armut 0,5
- Zus. Kosten demografischer Veränderungen (Pflegegeld, ...) 0,5
- Zus. Kosten des Pensionssystems 4,0
(jährliche Steigerung des Pensionszuschusses von 800 Mio ergibt sich nach 5 Jahren)

Investitionen in internationale Solidarität:

- Zus. Aufwand in Entwicklungshilfe (die versprochenen 0,7% des BIP statt der bisherigen 0,35) 1,37
- Energie und Klima: Dotierung des Green Climate Fund 0,6
- Zusätzliche Abschreibungen GR, IRL, P schon in „Schulden“ abgedeckt
- Marshall Plan Investitionen zur Stärkung des internat. Wettbewerbsausgleichs werden keine angenommen, weil dafür Geldschöpfung durch EZB o.ä. erfolgen sollte

- **Wenn wir dem zusätzliche Steuereinnahmen 2017 aus (dann schon wieder) verbesserter Konjunktur von 6 Mrd. im Vergleich zu 2012 entgegenhalten, ergibt sich ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf von 4,61 Mrd.**

Nämlich die Summe obiger Stimuli, Sozialer Kohärenz, internationale Solidarität minus den zusätzlichen Steuereinnahmen

- **Das heißt: der gesamte Sanierungsbedarf auf Jahresbasis zwischen dem Budget 2012 und dem 2017 ist 25,92 Milliarden Euro (auf Basis des Budgets 2012 gerechnet)!**

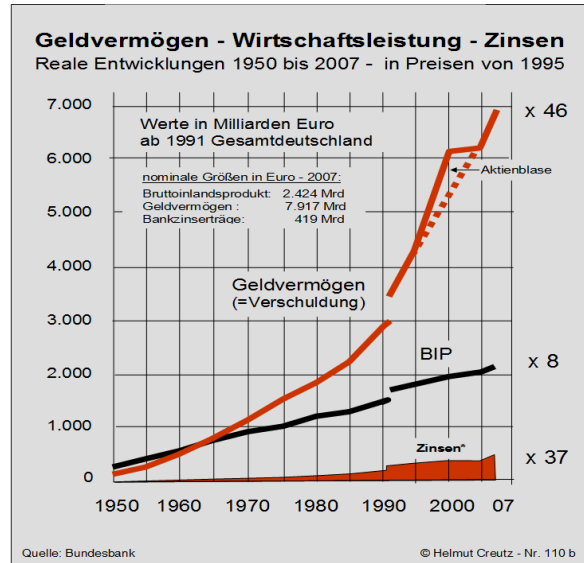
Also nicht über 6 Jahre, sondern auf der Basis eines Jahres gerechnet. Kumulativ sprechen wir wohl von etwa 100 Milliarden!

- „Geringfügig“ verringert werden könnte diese Exposure durch 2 systemische Schritte:
 - Wenn z.B. ab 2013 die Finanzierung neuer Staatsschulden nicht mehr über die Finanzinstitutionen erfolgt, sondern zu 0% Zinsen direkt über Notenbanken o.ä. Dies ergäbe eine Einsparung bei Zinsen von etwa 5 Mrd.
 - Wenn die österreichische Regierung (so wie die amerikanische, englische) endlich ein zukünftiges „No Bail Out“ der Banken verordnete (dazu ist allerdings die Einführung des Trennbankensystems davor sinnvoll). Brächte „Einsparung“ an Zinsen von 0,8 Mrd.

3. Nun glaubt doch hoffentlich niemand mehr, dass 25,92 Mrd. „jährlich“ nur über Einsparungen bzw. die in Österreich vorerst andiskutierten Steuererhöhungen erreicht werden können.

- Das wird nur über einen Mix höchst schmerzhafter Einsparungen und Steuererhöhungen gehen,
- Begleitet von höchst innovativen systemischen und strukturellen Maßnahmen zur Behebung von Kernfragen zur Regulierung der Finanzmärkte: keine Staatsfinanzierung über Banken, Trennbankensystem, Schließen von Steueroasen, Trennung von Beratung und Prüfung bei Wirtschaftsprüfern und Rating-Agenturen, Primat der Politik vor der Finanzwirtschaft.
- Sonst geben wir nämlich wirklich die Souveränität unseres Landes auf – und entschulden uns halt, wie gehabt, über Währungsreform, 60%ige Vermögenssteuern oder (Hyper-)Inflation!

- Aus unserer Sicht wird auch die Notwendigkeit einer (klugen) Besteuerung der Geldvermögen falsch (nämlich ideologisch) diskutiert. Kann uns jemand erklären, wie der nebenstehende Effekt, dass in den letzten 60 Jahren die Finanzvermögen 6 mal stärker gestiegen sind als das BIP, einer neuen gerechten Verteilung in der Volkswirtschaft zugeführt werden kann, als durch „Steuern durch Steuern“?



17. Dezember 2011

Arbeitskreis „Finanzwirtschaft“ des Föhrenbergkreises

(<http://fbkfinanzwirtschaft.wordpress.com/>)

Dort finden Sie auch die hinterlegten Zahlen im Detail. Und auch unsere inhaltlichen systemischen Vorschläge (am kürzesten zusammengefasst in unserem „[Aufruf](#)“)

PS: Über die Glaubwürdigkeit unserer Vorhersagen brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen!

- Wir haben schon [1999 die Finanzkrise vorhergesagt](#)
- Wir haben im Mai 2010, wenige Tage nach dem ersten Griechenlandgipfel der Staatschefs [gesagt, was falsch läuft und was zu tun sei](#)
- Kurz nach dem (eigenwilligen) Regierungsbeschluss der „Alternativlosigkeit“ zur Verstaatlichung der Hypo Alpe Adria haben wir im Dezember 2009 in 3 Stellungnahmen [\(1\)](#) [\(2\)](#) [\(3\)](#) gesagt, was passieren wird und wie es besser hätte gemacht gehört. Den dort von uns kolportierten Schaden von 5-7 Mrd. für den Staat hat vor kurzem der Vize-Aufsichtsratsvorsitzende der FIMBAG bestätigt.

Ausgearbeitet von:

Klaus Gabriel

Stefan Gara

Erhard Glözl

Helmut F. Karner

Helmut Krünes

Günther Robol

Stefan Schleicher